

**Bundesrepublik Deutschland**  
**Der Bundeskanzler**  
AB — 10101 — 6333/62

Bonn, den 4. März 1963

An den Herrn  
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Zusatzabkommen vom 14. Mai 1962 zu dem zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande am 8. April 1960 unterzeichneten Vertrag über die Regelung der Zusammenarbeit in der Emsmündung  
(Ems-Dollart-Vertrag)

nebst Begründung mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der deutsche und niederländische Wortlaut des Zusatzabkommens sowie ein Schriftwechsel und eine Denkschrift sind beigefügt.

Federführend ist der Bundesminister des Auswärtigen.

Der Bundesrat hat in seiner 252. Sitzung am 21. Dezember 1962 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

**Ludwig Erhard**

**Entwurf eines Gesetzes  
zu dem Zusatzabkommen vom 14. Mai 1962  
zu dem zwischen der Bundesrepublik Deutschland  
und dem Königreich der Niederlande  
am 8. April 1960 unterzeichneten Vertrag über die Regelung  
der Zusammenarbeit in der Emsmündung (Ems-Dollart-Vertrag)**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1**

Dem in Bennekom am 14. Mai 1962 unterzeichneten Zusatzabkommen zu dem zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande am 8. April 1960 unterzeichneten Vertrag über die Regelung der Zusammenarbeit in der Emsmündung (Ems-Dollart-Vertrag) wird zugestimmt. Das Zusatzabkommen wird nachstehend veröffentlicht.

**Artikel 2**

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

**Artikel 3**

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Zusatzabkommen nach seinem Artikel 15 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

**Begründung**

**Zu Artikel 1**

Das Zusatzabkommen bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da durch das Abkommen auch das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

**Zu Artikel 2**

Das Abkommen soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

**Zu Artikel 3**

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 15 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

**Schlußbemerkung**

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Zusatzabkommen  
zu dem zwischen der Bundesrepublik Deutschland  
und dem Königreich der Niederlande  
am 8. April 1960 unterzeichneten Vertrag über die Regelung  
der Zusammenarbeit in der Emsmündung (Ems-Dollart-Vertrag)

Aanvullende Overeenkomst  
bij het op 8 april 1960 voor de Bondsrepubliek Duitsland  
en het Koninkrijk der Nederlanden ondertekende Verdrag tot regeling  
van de samenwerking in de Eemsmonding (Eems-Dollardverdrag)

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND  
und  
DAS KÖNIGREICH DER NIEDERLANDE

IN DEM WUNSCH, die Ausbeutung der Bodenschätze im Untergrund der Emsmündung zu fördern, und in der Absicht, dabei im Sinne von Artikel 48 des Ems-Dollart-Vertrags zusammenzuarbeiten,

HABEN FOLGENDES VEREINBART:

Artikel 1

In diesem Abkommen bedeutet:

„Grenzbereich“ das in der diesem Abkommen beigelegte Karte schraffiert eingezeichnete Gebiet mit seinem Untergrund;

„Linie“ die Linie, die den Grenzbereich in der Längsrichtung teilt und die in anliegender Karte mit grüner Farbe eingetragen ist;

„Bodenschätze“ alle festen, flüssigen oder gasförmigen Stoffe im Untergrund, deren Gewinnung nach dem Bergrecht einer der beiden Vertragsparteien eine Berechtigung voraussetzt;

„Berechtigter“ derjenige, der ein Recht zur Aufsuchung oder Gewinnung von Bodenschätzen (Berechtigung) hat.

Artikel 2

Die Vertragsparteien werden bei allen Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Aufsuchung und Gewinnung von im Untergrund der Emsmündung vorkommenden Bodenschätzen ergeben sollten und bei denen beiderseitige Interessen berührt werden, im Geiste guter Nachbarschaft zusammenarbeiten.

Artikel 3

Die Artikel 4 bis 10 dieses Abkommens beziehen sich auf die im Grenzbereich vor Beginn der Gewinnung vorhandenen Vorkommen von Erdöl und Erdgas und die bei der Gewinnung anfallenden sonstigen Stoffe. Die Vertragsparteien werden in einem weiteren Abkommen die sinngemäße Anwendung dieser Bestimmungen auf andere Bodenschätze im Grenzbereich vereinbaren, falls eine von ihnen dies für erforderlich erklärt.

Artikel 4

(1) Im Grenzbereich kommt unbeschadet des Ems-Dollart-Vertrags für

a) die Aufsuchung und Gewinnung

DE BONDSREPUBLIEK DUITSLAND  
en  
HET KONINKRIJK DER NEDERLANDEN

GELEID DOOR DE WENS de ontginning van de bodemschatten in de ondergrond van de Eemsmonding te bevorderen en met de bedoeling daarbij samen te werken in de geest van artikel 48 van het Eems-Dollardverdrag,

ZIJN HET VOLGENDE OVEREENGEKOMEN:

Artikel 1

In deze Overeenkomst betekent:

„grensgebied“ het in de bij deze Overeenkomst gevoegde kaart gearceerd aangegeven gebied met zijn ondergrond;

„lijn“ de lijn die het grensgebied in de lengterichting verdeelt en die op bijgaande kaart met groen is aangegeven;

„bodemschatten“ alle vaste, vloeibare of gasvormige stoffen in de ondergrond voor de winning waarvan volgens het mijnrecht van een van beide Overeenkomstsluitende Partijen een ontginningsrecht is vereist;

„gerechtigde“ een persoon die een recht tot opsporing of winning van bodemschatten (hierna te noemen „recht“) heeft.

Artikel 2

De Overeenkomstsluitende Partijen zullen bij alle vraagstukken die zich in verband met de opsporing en winning van in de ondergrond van de Eemsmonding voorkomende bodemschatten mochten voordoen en waarbij wederzijdse belangen zijn betrokken in een geest van goede nabuurschap samenwerken.

Artikel 3

De artikelen 4 tot en met 10 van deze Overeenkomst hebben betrekking op de in het grensgebied vóór het begin van de winning aanwezige aardolie- en aardgasvoorkomens en andere stoffen die gelijktijdig bij de winning worden verkregen. De Overeenkomstsluitende Partijen zullen in een afzonderlijke overeenkomst de overeenkomstige toepassing van deze bepalingen op andere bodemschatten in het grensgebied regelen, indien een van hen verklaart dat zulks noodzakelijk is.

Artikel 4

(1) In het grensgebied vindt, onverminderd het Eems-Dollardverdrag, met betrekking tot

a) de opsporing en winning

- b) mit der Aufsuchung und Gewinnung im Zusammenhang stehende Handlungen und Unterlassungen
- c) die zur Aufsuchung und Gewinnung errichteten Anlagen

niederländischerseits der Linie niederländisches, deutscherseits der Linie deutsches Recht zur Anwendung. Entsprechendes gilt hinsichtlich der Zuständigkeit der Behörden und Gerichte; in bezug auf ortsfeste Anlagen zur Aufsuchung oder Gewinnung findet Artikel 33 Abs. 2 bis 6 des Ems-Dollart-Vertrags sinngemäß Anwendung.

(2) Die Vertragsparteien können nach ihrem innerstaatlichen Recht Berechtigungen erteilen, die für den ganzen Grenzbereich Gültigkeit haben. Von diesen und den beim Inkrafttreten dieses Abkommens bereits bestehenden Berechtigungen darf jedoch nur nach Maßgabe dieses Abkommens Gebrauch gemacht werden.

(3) Jede Vertragspartei wird der anderen unverzüglich die bestehenden Berechtigungen mitteilen. Dasselbe gilt, wenn neue Berechtigungen erteilt oder Berechtigungen geändert oder aufgehoben werden.

#### Artikel 5

(1) Den deutschen Berechtigten einerseits und den niederländischen Berechtigten andererseits steht an dem gewonnenen Erdöl und Erdgas sowie den bei ihrer Gewinnung anfallenden sonstigen Stoffen der gleiche Anteil zu.

(2) Ein Berechtigter kann mit Genehmigung seiner Regierung ganz oder teilweise auf den ihm zustehenden Anteil verzichten oder eine Verrechnung in Geld vereinbaren.

(3) Die der Aufsuchung und Gewinnung der aufgeteilten oder in Geld verrechneten Produkte billigerweise zuzurechnenden Kosten werden im gleichen Verhältnis wie die Produkte aufgeteilt, soweit nicht die Berechtigten eine abweichende Vereinbarung nach Artikel 7 treffen.

#### Artikel 6

(1) Die Aufsuchung und Gewinnung erfolgt auf der niederländischen Seite der Linie durch die niederländischen Berechtigten, auf der deutschen Seite der Linie durch die deutschen Berechtigten.

(2) Entspricht ein Berechtigter auf seiner Seite der Linie der Aufforderung des Berechtigten auf der anderen Seite, zweckdienliche Arbeiten zur Aufsuchung oder Gewinnung vorzunehmen, nicht innerhalb eines Jahres, so kann dieser die Aufsuchung oder Gewinnung unter Beachtung etwaiger Auflagen, welche dem anderen Berechtigten nach dem Inhalt seiner Berechtigung auferlegt sind, selbst vornehmen. Hat der erste Berechtigte Gewinnungsanlagen errichtet, so muß er dem anderen auf Verlangen die Benutzung dieser Anlagen gegen angemessene Entschädigung gestatten, sofern die Errichtung neuer Anlagen unzumutbar ist.

(3) Hat ein Berechtigter in Anwendung von Absatz 2 Satz 1 auf der anderen Seite der Linie ein Vorkommen von Erdöl oder Erdgas festgestellt und nimmt der andere Berechtigte seinen Anteil der aus diesem Vorkommen gewonnenen Produkte nach Artikel 5 ganz oder teilweise in Anspruch oder wird eine Verrechnung in Geld vereinbart, so hat der erste Berechtigte über den Anteil an den bereits aufgewandten Kosten nach Artikel 5 Abs. 3

- b) een met de opsporing en winning verband houdend handelen en nalaten

- c) de voor de opsporing en winning ingerichte installaties

aan de Nederlandse zijde van de lijn het Nederlandse recht, en aan de Duitse zijde van de lijn het Duitse recht toepassing. Het voorgaande vindt ten aanzien van de bevoegdheid der autoriteiten en gerechten overeenkomstige toepassing; met betrekking tot met de bodem verbonden installaties voor de opsporing of winning is artikel 33, lid 2 tot en met lid 6, van het Eems-Dollard-verdrag van overeenkomstige toepassing.

(2) De Overeenkomstsluitende Partijen kunnen krachtens hun interne recht rechten verlenen die voor het gehele grensgebied geldig zijn. Van deze rechten en van rechten die bij de inwerkingtreding van deze Overeenkomst reeds bestaan mag echter slechts in overeenstemming met de bepalingen van deze Overeenkomst gebruik worden gemaakt.

(3) Iedere Overeenkomstsluitende Partij doet de andere Partij onverwijld mededeling van de bestaande rechten. Hetzelfde geldt wanneer nieuwe rechten worden verleend of wanneer rechten worden gewijzigd of ingetrokken.

#### Artikel 5

(1) De Duitse gerechtigden enerzijds, en de Nederlandse gerechtigden anderzijds, komt een gelijk deel toe van de gewonnen hoeveelheden aardolie en aardgas, alsmede van bij de winning daarvan gelijktijdig verkregen hoeveelheden andere stoffen.

(2) Een gerechtigde kan met toestemming van zijn regering geheel of gedeeltelijk afstand doen van het hem toekomende deel of verrekening in geld overeenkomen.

(3) De kosten die redelijkerwijs aan de opsporing en winning van de verdeelde of in geld verrekenende producten kunnen worden toegerekend worden in dezelfde verhouding verdeeld als de producten, voor zover de gerechtigden niet overeenkomstig artikel 7 een afwijkende regeling treffen.

#### Artikel 6

(1) De opsporing en winning geschiedt aan de Nederlandse zijde van de lijn door de Nederlandse gerechtigden, aan de Duitse zijde van de lijn door de Duitse gerechtigden.

(2) Indien een gerechtigde binnen een jaar aan zijn zijde van de lijn niet voldoet aan het verzoek van de gerechtigde aan de andere zijde van de lijn om doelmatige werkzaamheden te verrichten tot opsporing of winning, kan laatstgenoemde gerechtigde, met inachtneming van de eventuele voorwaarden die de andere gerechtigde bij de verlening van zijn recht zijn opgelegd, zelf de opsporing of winning ter hand nemen. Indien eerstgenoemde gerechtigde ten dienste van de winning installaties heeft aangelegd, moet hij de andere gerechtigde op diens verzoek toestaan tegen een passende vergoeding van die installaties gebruik te maken, voorzover de aanleg van nieuwe installaties niet doelmatig zou zijn.

(3) Indien een gerechtigde, onder toepassing van het bepaalde in de eerste volzin van lid 2, aan de andere zijde van de lijn een aardolie- of aardgasvoorkomen heeft vastgesteld en de andere gerechtigde zijn deel van de uit dit voorkomen gewonnen producten overeenkomstig artikel 5 geheel of gedeeltelijk opeist of indien verrekening in geld wordt overeengekomen, heeft eerstgenoemde gerechtigde, behalve op het aandeel overeenkomstig artikel 5,

hinaus Anspruch auf eine angemessene Risikoprämie, soweit nicht zwischen den Berechtigten eine anderweitige Vereinbarung nach Artikel 7 Abs. 2 getroffen ist.

#### Artikel 7

(1) Die Berechtigten der einen Seite werden mit denen der anderen Seite bei der Aufsuchung und Gewinnung eng zusammenarbeiten. Hierfür haben sie alle Planungen für Arbeiten im Grenzbereich und deren Ergebnisse auszutauschen.

(2) Die Berechtigten schließen zum Zwecke der Zusammenarbeit baldmöglichst Verträge über folgende Angelegenheiten:

- a) Die Art und Weise der Berechnung der Erdöl- und Erdgasvorräte und deren Ergebnis;
- b) die Einzelheiten der Aufteilung der Produkte und Kosten gemäß Artikel 5 sowie die Buchführung und Rechnungsprüfung;
- c) die Frage, ob und in welcher Höhe Risikoprämien nach Artikel 6 Abs. 3 zu gewähren sind;

d) die Regelung von Streitigkeiten.

(3) Es bleibt den Berechtigten unbenommen, Verträge über sonstige Fragen ihrer Zusammenarbeit zu schließen; in diesen Verträgen können auch für solche Fälle Risikoprämien vereinbart werden, in denen die Voraussetzungen des Artikels 6 Abs. 3 nicht gegeben sind.

(4) Verträge im Sinne von Absatz 2 und 3 sind den Regierungen beider Vertragsparteien mitzuteilen. Verträge nach Absatz 2 und Vereinbarungen in anderen Verträgen, in denen die Gewährung einer Risikoprämie oder eine von Artikel 5 Abs. 3 abweichende Aufteilung der Kosten vorgesehen ist, bedürfen der Genehmigung durch jede der beiden Regierungen.

(5) Tritt an die Stelle eines Berechtigten ein neuer Berechtigter, so muß er einen der in Absatz 2 bezeichneten Verträge gegen sich gelten lassen, bis ein neuer Vertrag geschlossen ist.

#### Artikel 8

Kommt ein Vertrag nach Artikel 7 Abs. 2 nicht innerhalb einer angemessenen Frist zustande, so werden die Regierungen der Vertragsparteien in Verhandlungen eintreten, um den Berechtigten einen gemeinsamen Vorschlag zu machen. Führen die Bemühungen der Regierungen nicht zu einer Einigung zwischen den Berechtigten, so kann jede Regierung das in Kapitel 12 des Ems-Dollart-Vertrags vorgesehene Schiedsgericht anrufen.

#### Artikel 9

Wird von einer oder beiden Regierungen die Genehmigung nach Artikel 7 Abs. 4 nicht innerhalb von vier Monaten erteilt, so werden die Regierungen in Beratungen eintreten. Führen diese nicht zu einer Einigung, so kann jede Regierung das Schiedsgericht anrufen. Die Beratungen können auch zu einem gemeinsamen Vorschlag führen, auf den Artikel 8 entsprechende Anwendung findet.

#### Artikel 10

(1) In den Fällen, in denen das Schiedsgericht auf Grund der Artikel 8 oder 9 angerufen wird, gelten, soweit sich aus den nachfolgenden Absätzen dieses Artikels nichts anderes ergibt, die Bestimmungen des Kapitels 12 des Ems-Dollart-Vertrags entsprechend.

lid 3, in de reeds gemaakte kosten, aanspraak op een passende risicopremie, voor zover niet tussen de gerechtigden ingevolge artikel 7, lid 2, een andere regeling is getroffen.

#### Artikel 7

(1) De gerechtigden aan de ene zijde van de lijn zullen bij de opsporing en winning nauw samenwerken met de gerechtigden aan de andere zijde. Te dien einde dienen zij alle plannen voor de werkzaamheden in het grensgebied en de resultaten daarvan uit te wisselen.

(2) De gerechtigden sluiten ten behoeve van deze samenwerking zo spoedig mogelijk overeenkomsten ten aanzien van de volgende aangelegenheden:

- a) de wijze van berekening der aardolie- en aardgasvoorraden en de uitkomst daarvan;
- b) de bijzonderheden betreffende de verdeling der produkten en kosten overeenkomstig artikel 5, alsmede de boekhouding en accountantscontrole;
- c) de vraag of en tot welk bedrag risicopremies als bedoeld in artikel 6, lid 3, dienen te worden toegekend;
- d) de geschillenregeling.

(3) Het staat de gerechtigden vrij overeenkomsten af te sluiten over andere met hun samenwerking verband houdende vraagstukken; in deze overeenkomsten kunnen ook voor andere gevallen dan die bedoeld in artikel 6, lid 3, risicopremies worden overeengekomen.

(4) Overeenkomsten als bedoeld in lid 2 en lid 3 dienen aan de regeringen der Overeenkomstsluitende Partijen te worden medegedeeld. Overeenkomsten als bedoeld in lid 2 en in andere overeenkomsten vervatte regelingen die voorzien in de toekenning van een risicopremie of een van artikel 5, lid 3, afwijkende kostenverdeling, behoeven de goedkeuring van elk van beide regeringen.

(5) Indien in de plaats van een gerechtigde een nieuwe gerechtigde treedt, geldt een overeenkomst als bedoeld in lid 2 tegenover deze nieuwe gerechtigde totdat een nieuwe overeenkomst is gesloten.

#### Artikel 8

Indien een overeenkomst als bedoeld in artikel 7, lid 2, niet binnen redelijke termijn tot stand komt, zullen de regeringen der Overeenkomstsluitende Partijen in overleg treden ten einde de gerechtigden een gemeenschappelijk voorstel te doen. Indien de bemoeiingen van de regeringen niet tot overeenstemming tussen de gerechtigden leiden, kan iedere regering een beroep doen op het Scheidsgerecht, waarin hoofdstuk 12 van het Ems-Dollardverdrag voorziet.

#### Artikel 9

Indien de goedkeuring bedoeld in artikel 7, lid 4, niet binnen vier maanden door een regering of door beide regeringen wordt verleend, treden de regeringen in overleg. Indien dit overleg niet tot overeenstemming leidt, kan elk van beide regeringen een beroep doen op het Scheidsgerecht. Het overleg kan tevens leiden tot een gemeenschappelijk voorstel, waarop artikel 8 van overeenkomstige toepassing is.

#### Artikel 10

(1) In de gevallen waarin op grond van artikel 8 of artikel 9 een beroep wordt gedaan op het Scheidsgerecht, zijn, voorzover uit de hiernavolgende leden van dit artikel niet anders blijkt, de bepalingen van hoofdstuk 12 van het Ems-Dollardverdrag van overeenkomstige toepassing.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ernennt die nach Artikel 51 von ihr zu ernennenden Beisitzer aus vier vom Präsidenten des Bundesgerichtshofes vorzuschlagenden Richtern dieses Gerichts. Die Regierung des Königreichs der Niederlande ernennt die nach Artikel 51 von ihr zu ernennenden Beisitzer aus vier vom Präsidenten des Hoge Raad der Nederlanden vorzuschlagenden Richtern dieses Gerichts.

(3) Die Klageschriften im Sinne von Artikel 52 Abs. 1 und 4 müssen einen Antrag enthalten, der eine Regelung der streitigen Fragen vorsieht.

(4) Ein Doppel der Klageschrift wird von der Regierung, die sie einreicht, jedem der betroffenen Berechtigten zugeteilt. Artikel 52 Abs. 2 findet keine Anwendung.

(5) Jeder betroffene Berechtigte kann sich am Verfahren als Partei beteiligen. Die betroffenen Berechtigten nehmen auch an den Erörterungen nach Artikel 52 Abs. 3 und 5 teil.

(6) Das Schiedsgericht stellt hinsichtlich aller streitigen Rechts- und Ermessensfragen eine für die Vertragsparteien und die betroffenen Berechtigten verbindliche Regelung fest. Es kann in dieser Entscheidung auch Billigkeitsgesichtspunkte berücksichtigen.

(7) Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren selbst, soweit die Anwendung dieses Artikels Abweichungen von der in Kapitel 12 vorgesehenen Verfahrensregelung erforderlich macht.

(8) In den Fällen des Artikels 8 kann das Schiedsgericht die Kosten des Verfahrens ganz oder teilweise dem oder den am Verfahren beteiligten Berechtigten auferlegen.

#### Artikel 11

Eine Entscheidung nach Artikel 46 Abs. 2 des Ems-Dollard-Vertrags läßt dieses Abkommen unberührt.

#### Artikel 12

Das Schlußprotokoll zu diesem Abkommen und der beigefügte Briefwechsel vom heutigen Tage sind Bestandteile dieses Abkommens.

#### Artikel 13

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreichs der Niederlande innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Ems-Dollard-Vertrags eine gegenteilige Erklärung abgibt.

#### Artikel 14

Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

#### Artikel 15

Dieses Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Es ist Bestandteil des Ems-Dollard-Vertrags.

(2) De Regering van de Bondsrepubliek Duitsland benoemt de ingevolge artikel 51 door haar te benoemen assessoren uit vier door de president van het „Bundesgerichtshof“ voor te dragen rechters van dit college. De Regering van het Koninkrijk der Nederlanden benoemt de ingevolge artikel 51 door haar te benoemen assessoren uit vier door de president van de Hoge Raad der Nederlanden voor te dragen rechters van dit college.

(3) De conclusies van eis als bedoeld in artikel 52, lid 1 en lid 4, dienen een voorstel te bevatten dat voorziet in een regeling van de geschilpunten.

(4) De Regering die de conclusie van eis indient, doet daarvan een duplicaat toekomen aan ieder der betrokken gerechtigden. Artikel 52, lid 2, is niet van toepassing.

(5) Iedere betrokken gerechtigde kan als partij aan de procedure deelnemen. De betrokken gerechtigden nemen eveneens deel aan de besprekingen overeenkomstig artikel 52, lid 3 en lid 5.

(6) Het Scheidsgerecht stelt ten aanzien van alle omstrede juridische en beleidsvragen een voor de Overeenkomstsluitende Partijen en voor de betrokken gerechtigden bindende regeling vast. In zijn beslissing kan het Scheidsgerecht tevens rekening houden met overwegingen van billijkheid.

(7) Het Scheidsgerecht stelt zelf zijn procedure vast voorzover de toepassing van dit artikel afwijkingen van de procedureregeling voorzien in hoofdstuk 12 noodzakelijk maakt.

(8) In de gevallen bedoeld in artikel 8 kan het Scheidsgerecht de kosten van de procedure geheel of gedeeltelijk opleggen aan de gerechtigde of gerechtigden die aan de procedure deelneemt of deelnemen.

#### Artikel 11

Een beslissing ingevolge artikel 46, lid 2, van het Ems-Dollardverdrag laat deze Overeenkomst onverlet.

#### Artikel 12

Het Slotprotocol bij deze Overeenkomst en de bijgevoegde briefwisseling van heden maken deel uit van deze Overeenkomst.

#### Artikel 13

Deze Overeenkomst geldt eveneens voor het „Land“ Berlin, tenzij de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland binnen drie maanden na de inwerkingtreding van het Ems-Dollardverdrag de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden mededeling doet van het tegendeel.

#### Artikel 14

Deze Overeenkomst moet worden bekrachtigd. De akten van bekrachtiging dienen zo spoedig mogelijk te Bonn te worden uitgewisseld.

#### Artikel 15

Deze Overeenkomst treedt een maand na de uitwisseling der akten van bekrachtiging in werking. Zij maakt deel uit van het Ems-Dollardverdrag.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten der Vertragsparteien dieses Zusatzabkommen unterschrieben.

TEN BLIJKE WAARVAN de gevolmachtigden der Overeenkomstsluitende Partijen deze Overeenkomst hebben ondertekend.

GESCHEHEN zu Bennekom am 14. Mai 1962, in zwei Urschriften, jede in deutscher und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

GEDAAN te Bennekom, 14 mei 1962, in tweevoud, in de Duitse en de Nederlandse taal, zijnde beide teksten gelijkelijk authentiek.

Für die Bundesrepublik Deutschland:  
Voor de Bondsrepubliek Duitsland:

R. L a h r

Für das Königreich der Niederlande:  
Voor het Koninkrijk der Nederlanden:

Dr. H. R. v a n H o u t e n

## Schlußprotokoll

Bei der Unterzeichnung des Zusatzabkommens zu dem zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande am 8. April 1960 unterzeichneten Vertrag über die Regelung der Zusammenarbeit in der Emsmündung (Ems-Dollart-Vertrag) sind die Bevollmächtigten der beiden Vertragsparteien wie folgt übereingekommen:

## Artikel 1

(1) Bei der Anwendung des Zusatzabkommens ist unter deutschem Recht das Recht zu verstehen, das in dem an den Grenzbereich deutscherseits angrenzenden Gebiet gilt. Hierunter ist insbesondere zu verstehen das Bergrecht, das Arbeits- und Sozialrecht sowie das Steuer- und Zollrecht.

(2) Unter niederländischem Recht ist insbesondere zu verstehen das Bergrecht, das Arbeits- und Sozialrecht sowie das Steuer- und Zollrecht.

## Artikel 2

Auflagen im Sinne des Artikels 6 Abs. 2 des Zusatzabkommens sind nur solche, die bei der Erteilung der niederländischen Berechtigung dem Berechtigten für die Führung und Einrichtung von Bergwerksbetrieben, die Durchführung bergbaulicher Untersuchungen, den Schutz von Bodenschätzen und die Mitteilung geologischer Gegebenheiten auferlegt worden sind oder auferlegt werden.

## Artikel 3

Ist von niederländischer Seite für einen Teil des Grenzbereichs keine Berechtigung erteilt, so wird die Regierung des Königreichs der Niederlande auf Verlangen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland bestimmen, wer im Sinne dieses Zusatzabkommens als Aufsuchungsberechtigt zu gelten hat.

## Artikel 4

Hat eine der Vertragsparteien für einen Teil des Grenzbereichs keine Gewinnungsberechtigung erteilt, so wird sie diese für den Fall, daß dort Vorkommen von Erdöl oder Erdgas festgestellt werden, erteilen. Wird die Gewinnungsberechtigung nicht innerhalb einer angemessenen Frist erteilt, hat, in Abweichung von der Bestimmung des Artikels 5 Abs. 1 des Zusatzabkommens, der Inhaber einer von der anderen Vertragspartei für diesen Teil des Grenzbereichs erteilten Gewinnungsberechtigung das Verfügungsrecht über das gesamte in diesem Teil des Grenzbereichs vor Beginn der Gewinnung vorhandene Vorkommen von Erdöl oder Erdgas.

## Artikel 5

(1) Für die Anwendung der Artikel 32 und 36 des Ems-Dollart-Vertrags wird eine niederländischerseits der Linie befindliche ortsfeste Anlage zur Aufsuchung oder Gewinnung einem niederländischen Hafen, eine solche deutscherseits der Linie befindliche Anlage einem deutschen Hafen gleichgestellt. Entsprechendes gilt für die Anwendung des Artikels 40 des Ems-Dollart-Vertrags.

(2) Es besteht Einigkeit darüber, daß die bergbehördliche Überwachung von Aufsuchungsarbeiten, die vom Schiff aus vorgenommen werden, nicht unter Artikel 34 Abs. 3 Satz 1 des Ems-Dollart-Vertrags fällt; für die Rechtsanwendung und die Zuständigkeit der Bergbehörden ist insoweit die Linie maßgebend.

## Slotprotocol

Bij de ondertekening van de Aanvullende Overeenkomst bij het op 8 april 1960 door de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden ondertekende Verdrag tot regeling van de samenwerking in de Eemsmonding (Eems-Dollardverdrag) zijn de gevolmachtigden der beide Overeenkomstsluitende Partijen het volgende overeengekomen:

## Artikel 1

(1) Bij de toepassing van de Aanvullende Overeenkomst dient onder Duits recht te worden verstaan het recht dat in het aan Duitse zijde aan het grensgebied grenzende gebied geldt. In het bijzonder dient hieronder te worden verstaan het mijnrecht, het arbeidsrecht, het sociale recht alsmede het belasting- en douanerecht.

(2) Onder Nederlands recht dient in het bijzonder te worden verstaan het mijnrecht, het arbeidsrecht, het sociale recht alsmede het belasting- en douanerecht.

## Artikel 2

Voorwaarden als bedoeld in artikel 6, lid 2, van de Aanvullende Overeenkomst zijn slechts die voorwaarden die bij de verlening van de Nederlandse concessie aan de gerechtigde zijn of worden opgelegd met betrekking tot de leiding en inrichting van mijnwerken, de opsporing en de bescherming van bodemschatten en de mededeling van geologische gegevens.

## Artikel 3

Indien van Nederlandse zijde voor een deel van het grensgebied geen concessie is verleend, bepaalt de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden op verzoek van de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland wie in de zin van deze Aanvullende Overeenkomst als gerechtigde tot het doen van opsporingen moet worden beschouwd.

## Artikel 4

Indien een Overeenkomstsluitende Partij voor een deel van het grensgebied geen ontginningsrecht heeft verleend, verleent zij dit indien daar een aardolie- of aardgasvoorkomen wordt vastgesteld. Indien het ontginningsrecht niet binnen een redelijke termijn wordt verleend, heeft de houder van een door de andere Overeenkomstsluitende Partij voor dit deel van het grensgebied verleend ontginningsrecht, in afwijking van de bepaling van artikel 5, lid 1, van de Aanvullende Overeenkomst, het beschikkingsrecht over het gehele in dit deel van het grensgebied vóór het begin van de winning aanwezige aardolie- of aardgasvoorkomen.

## Artikel 5

(1) Voor de toepassing van de artikelen 32 en 36 van het Eems-Dollardverdrag wordt een met de bodem verbonden installatie voor de opsporing of winning die zich aan de Nederlandse zijde van de lijn bevindt gelijkgesteld met een Nederlandse haven, en een zodanige installatie die zich aan de Duitse zijde van de lijn bevindt met een Duitse haven. Het overeenkomstige geldt voor de toepassing van artikel 40 van het Eems-Dollardverdrag.

(2) Er bestaat overeenstemming over dat het toezicht der mijnbouwautoriteiten op opsporingswerkzaamheden die vanaf een schip worden uitgevoerd niet onder artikel 34, lid 3, eerste volzin, van het Eems-Dollardverdrag valt; in dit geval is voor de toepassing van het recht en de bevoegdheid der mijnbouwautoriteiten de lijn bepalend.



(3) Es besteht Einigkeit darüber, daß auch bewegliche Anlagen oder Schiffe als ortsfest gelten, wenn Bohrungen von ihnen aus vorgenommen werden.

#### Artikel 6

Es besteht Einigkeit darüber, daß unbeschadet der in diesem Zusatzabkommen vorgesehenen besonderen Gerichtsbarkeit (Artikel 8 bis 10 des Zusatzabkommens) die Artikel 50 bis 54 des Ems-Dollart-Vertrags auch Anwendung finden auf Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien, welche die Auslegung oder Anwendung dieses Zusatzabkommens betreffen.

GESCHEHEN zu Bennekom am 14. Mai 1962, in zwei Urschriften, jede in deutscher und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(3) Er bestaat overeenstemming over dat ook drijvende installaties, of schepen, als met de bodem verbonden worden beschouwd indien vanaf die installaties of schepen boringen worden verricht.

#### Artikel 6

Er bestaat overeenstemming over dat, onverminderd de bijzondere scheidsrechterlijke bevoegdheid voorzien in deze Aanvullende Overeenkomst (artikelen 8 tot en met 10 van de Aanvullende Overeenkomst), de artikelen 50 tot en met 54 van het Ems-Dollardverdrag ook van toepassing zijn op geschillen tussen de Overeenkomstsluitende Partijen die betrekking hebben op de uitlegging of toepassing van deze Aanvullende Overeenkomst.

GEDAAN te Bennekom, 14 mei 1962, in tweevoud, in de Duitse en de Nederlandse taal, zijnde beide teksten gelijkelijk authentiek.

Für die Bundesrepublik Deutschland:  
Voor de Bondsrepubliek Duitsland:

R. Lahr

Für das Königreich der Niederlande:  
Voor het Koninkrijk der Nederlanden:

Dr. H. R. van Houten

**Briefwechsel**

Der Staatssekretär  
im Auswärtigen Amt

Bennekom, den 14. Mai 1962

Herr Staatssekretär!

Im Laufe der Verhandlungen, die zur heutigen Unterzeichnung des Zusatzabkommens zu dem zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande am 8. April 1960 unterzeichneten Vertrag über die Regelung der Zusammenarbeit in der Emsmündung (Ems-Dollart-Vertrag) geführt haben, habe ich erklärt, daß unbeschadet der Artikel 33 und 36 des Ems-Dollart-Vertrags bei der Anwendung des deutschen Steuer- und Zollrechts das Gebiet niederländischerseits der Linie als niederländisches Gebiet angesehen werden soll.

Die Bundesregierung geht hierbei davon aus, daß unbeschadet der Artikel 33 und 36 des Ems-Dollart-Vertrags bei der Anwendung des niederländischen Steuer- und Zollrechts das Gebiet deutscherseits der Linie als deutsches Gebiet angesehen werden soll.

Ich würde Ihnen sehr dankbar sein, wenn Sie mir das Einverständnis Ihrer Regierung bestätigen würden.

Genehmigen Sie, Herr Staatssekretär, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

R. Lahr

An Seine Exzellenz  
den Staatssekretär für  
Auswärtige Angelegenheiten des  
Königreichs der Niederlande  
Herrn Dr. H. R. van Houten

(Übersetzung)

De Staatssecretaris  
van Buitenlandse Zaken

Bennekom, 14 mei 1962

Mijnheer de Staatssecretaris,

Ik heb de eer de ontvangst te bevestigen van Uw brief van heden, waarvan de tekst in Nederlandse vertaling als volgt luidt:

„In de loop der onderhandelingen die heden hebben geleid tot de ondertekening van de Aanvullende Overeenkomst bij het op 8 april 1960 door de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden gesloten Verdrag tot regeling van de samenwerking in de Eemsmonding (Eems-Dollardverdrag) heb ik verklaard dat, onverminderd de artikelen 33 en 36 van het Eems-Dollardverdrag, bij de toepassing van het Duitse belasting- en douanerecht het gebied aan de Nederlandse zijde van de lijn als Nederlands gebied dient te worden beschouwd.

De Bondsrepubliek gaat er hierbij van uit dat, onverminderd de artikelen 33 en 36 van het Eems-Dollardverdrag, bij de toepassing van het Nederlandse belasting- en douanerecht het gebied aan de Duitse zijde van de lijn als Duits gebied zal worden beschouwd.

Ik zou U zeer dankbaar zijn, indien U mij de instemming van Uw regering zou willen bevestigen.”

Ik heb de eer U te bevestigen dat de Nederlandse Regering met de inhoud van Uw brief instemt.

Gelief, Mijnheer de Staatssecretaris, de verzekering van mijn zeer bijzondere hoogachting wel te willen aanvaarden.

Dr. H. R. van Houten

Zijner Excellentie  
de Staatssecretaris bij het  
Ministerie van Buitenlandse Zaken  
van de Bondsrepubliek Duitsland  
de Heer R. Lahr

Der Staatssekretär  
für Auswärtige Angelegenheiten

Bennekom, den 14. Mai 1962

Herr Staatssekretär,

ich beehre mich, den Empfang Ihres Schreibens vom heutigen Tage zu bestätigen, dessen Wortlaut in niederländischer Übersetzung wie folgt lautet:

„Im Laufe der Verhandlungen, die zur heutigen Unterzeichnung des Zusatzabkommens zu dem zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande am 8. April 1960 unterzeichneten Vertrag über die Regelung der Zusammenarbeit in der Emsmündung (Ems-Dollart-Vertrag) geführt haben, habe ich erklärt, daß unbeschadet der Artikel 33 und 36 des Ems-Dollart-Vertrags bei der Anwendung des deutschen Steuer- und Zollrechts das Gebiet niederländischerseits der Linie als niederländisches Gebiet angesehen werden soll.

Die Bundesregierung geht hierbei davon aus, daß unbeschadet der Artikel 33 und 36 des Ems-Dollart-Vertrags bei der Anwendung des niederländischen Steuer- und Zollrechts das Gebiet deutscherseits der Linie als deutsches Gebiet angesehen werden soll.

Ich würde Ihnen sehr dankbar sein, wenn Sie mir das Einverständnis Ihrer Regierung bestätigen würden.“

Ich beehre mich, Ihnen zu bestätigen, daß die niederländische Regierung mit dem Inhalt Ihres Schreibens einverstanden ist.

Genehmigen Sie, Herr Staatssekretär, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Dr. H. R. van Houten

An Seine Exzellenz  
den Staatssekretär  
im Auswärtigen Amt  
der Bundesrepublik Deutschland  
Herrn R. Lahr

## Denkschrift

### I. ALLGEMEINES

Der deutsch-niederländische Ausgleichsvertrag vom 8. April 1960 hat im Mai 1961 die Zustimmung des Bundestages und des Bundesrates gefunden. Er ist jedoch dem Herrn Bundespräsidenten bisher nicht zur Ratifikation vorgelegt worden, da sich in der Zwischenzeit auf niederländischer Seite Schwierigkeiten ergeben haben, welche die Ratifikation des Vertragswerkes in Frage stellten.

Diese Schwierigkeiten hingen nicht nur mit dem sogenannten AKU-Komplex, sondern auch mit dem Ems-Dollart-Problem zusammen. Wegen des AKU-Komplexes wird dem Bundestag eine besondere Denkschrift vorgelegt. Hinsichtlich des Ems-Dollart-Problems ergaben sich die Schwierigkeiten aus folgenden Tatsachen:

Über den Grenzverlauf im Ems-Dollart-Gebiet bestehen Meinungsverschiedenheiten zwischen der Bundesregierung und der niederländischen Regierung. Im Ems-Dollart-Vertrag ist die Frage des Grenzverlaufs ausdrücklich offengelassen (Artikel 46 Abs. 1 des Vertrages). Ein Streifen des Ems-Dollart-Gebietes wird von beiden Staaten als eigenes Hoheitsgebiet in Anspruch genommen. Vor kurzer Zeit ist nun mit einiger Sicherheit festgestellt worden, daß sich im Untergrund dieses Streifens Vorkommen von Erdgas befinden, die mit den großen Erdgasfunden in der niederländischen Provinz Groningen in Zusammenhang stehen. Darüber hinaus werden im Ems-Dollart-Gebiet weitere Vorkommen von Erdgas und auch von Erdöl vermutet.

In der niederländischen Öffentlichkeit ist die Behauptung aufgestellt worden, man beabsichtige deutscherseits, diese Vorkommen — sei es vom Festland, sei es von dem strittigen Streifen aus — anzubohren und auszubeuten. Obwohl diesen Angriffen von sachverständiger niederländischer Seite bereits entgegengetreten worden ist, hat die niederländische Regierung die Aufnahme von Regierungsverhandlungen mit dem Ziel einer Regelung der Ausbeutung von Bodenschätzen, insbesondere der Erdöl- und Erdgasvorkommen in dem streitigen Gebiet vorgeschlagen. Diese Verhandlungen haben zur Unterzeichnung des vorliegenden Zusatzabkommens zum Ems-Dollart-Vertrag vom 14. Mai 1962 nebst Schlußprotokoll und einem Briefwechsel geführt.

Bisher konnte die Ausbeutung der Bodenschätze des strittigen Streifens weder von deutscher noch von niederländischer Seite in Angriff genommen werden, da ihn beide Seiten als ihr Hoheitsgebiet in Anspruch nehmen und nicht gewillt waren, eine Ausbeutung durch die andere Seite zu dulden. Es war daher notwendig, einen Kompromiß zu finden, der einerseits die Gebietsansprüche beider Staaten nicht in Frage stellte, andererseits aber eine Ausbeutung des Gebiets möglich machte; gleichzeitig mußte vermieden werden, die Grenzfrage zu präjudizieren, da die Entscheidung hierüber im Ems-Dollart-Vertrag einem Schiedsverfahren vorbehalten worden ist. Das Zusatzabkommen stellt daher fest, daß beide Vertragsparteien Konzessionen für das gesamte strittige Gebiet erteilen können, es unterwirft aber deren

Ausübung gewissen Einschränkungen. Die geförderten Produkte sollen beiden Seiten zu gleichen Teilen zustehen.

An den Verhandlungen haben Vertreter der Landesregierung Niedersachsen teilgenommen, da die Berghoheit in dem strittigen Gebiet dem Lande zusteht. Zwischen der Bundesregierung und der Landesregierung Niedersachsen besteht Einigkeit darüber, daß die sich aus den bergrechtlichen Vorschriften ergebenden Rechte und Zuständigkeiten des Landes Niedersachsen durch das Zusatzabkommen nicht geändert oder aufgehoben werden. Bei der Anwendung des Zusatzabkommens ist eine enge Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und der Landesregierung vorgesehen.

### II. BESONDERES

#### Zur Präambel

In der Präambel wird das Ziel des Zusatzabkommens, die Ausbeutung der Bodenschätze im Untergrund der Emsmündung zu fördern, hervorgehoben und durch die Verweisung auf Artikel 48 des Ems-Dollart-Vertrages die Absicht der Vertragsparteien zum Ausdruck gebracht, bei der Ausbeutung dieser Bodenschätze im Geiste guter Nachbarschaft zusammenzuarbeiten.

#### Zu Artikel 1

In diesem Artikel werden die für das Zusatzabkommen wichtigsten Begriffe festgelegt.

Grenzbereich ist nach der dem Zusatzabkommen beigelegten Karte dasjenige Gebiet, das in der Emsmündung zwischen dem Verlauf der Staatsgrenze nach deutscher und nach niederländischer Auffassung liegt. Dieses Gebiet wird durch die Linie in der Längsrichtung geteilt. Die Linie ist für die Rechtsanwendung (Artikel 4) und für die praktische Durchführung von Aufsuchungs- und Gewinnungsarbeiten (Artikel 6) von Bedeutung. Eine Definition des im Zusatzabkommen verwendeten Begriffs Emsmündung war nicht erforderlich, da das Zusatzabkommen Bestandteil des Ems-Dollart-Vertrages ist (vgl. Artikel 15 Satz 2 in Verbindung mit § 1 der Anlage B zum Ems-Dollart-Vertrag).

Die Definition der Begriffe Bodenschätze, Berechtigter und Berechtigung berücksichtigt sowohl das deutsche als auch das niederländische Bergrecht. Da die Aufsuchung nach niederländischem Bergrecht — im Gegensatz zum deutschen Bergrecht — nicht Gegenstand einer besonderen Bergbauberechtigung sein kann, wird der Umfang der unter das Zusatzabkommen fallenden Bodenschätze danach bestimmt, ob die Gewinnung nach dem Bergrecht einer der beiden Vertragsparteien eine Berechtigung voraussetzt. Berechtigter im Sinne des Zusatzabkommens ist dagegen jeder, der ein Recht zur Aufsuchung oder Gewinnung (Berechtigung) hat. Falls für die Durchführung einzelner Bestimmungen des Zusatzabkommens auf niederländischer Seite das Vorhandensein eines Aufsuchungsberechtigten notwendig sein sollte, sieht Artikel 3 des Schluß-

protokolls vor, daß die niederländische Regierung auf Verlangen der Bundesregierung bestimmen wird, wer als Aufsuchungsberechtigter zu gelten hat.

#### Zu Artikel 2

Artikel 2 bringt als Grundsatz des Zusatzabkommens den bereits in der Präambel hervorgehobenen Willen der Vertragsparteien zum Ausdruck, bei allen Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Aufsuchung und Gewinnung von im Gebiet der Emsmündung vorkommenden Bodenschätzen ergeben und bei denen beiderseitige Interessen berührt werden, im Sinne von Artikel 48 des Ems-Dollart-Vertrages zusammenzuarbeiten.

#### Zu Artikel 3

Artikel 3 Satz 1 beschränkt die Anwendung der Artikel 4 bis 10 auf den Grenzbereich und auf die Vorkommen von Erdöl und Erdgas nebst den bei der Gewinnung von Erdöl und Erdgas anfallenden sonstigen Stoffe. Außerdem ergibt sich aus Artikel 3 Satz 1, daß unter die Bestimmungen der Artikel 4 bis 10 nur die Vorkommen von Erdöl und Erdgas fallen, die im Grenzbereich vor Beginn der Gewinnung vorhanden sind. Dabei ist es jedoch gleichgültig, ob die Aufsuchung und Gewinnung dieser Vorkommen im Grenzbereich oder außerhalb des Grenzbereichs durchgeführt werden. Andererseits bringt Artikel 3 Satz 1 zum Ausdruck, daß die Gewinnung des etwa aus den angrenzenden deutschen oder niederländischen Gebieten in den Grenzbereich nachströmenden Erdöls oder Erdgases nicht mit unter die Vorschriften der Artikel 4 bis 10 fällt.

In Artikel 3 Satz 2 verpflichten sich die Vertragsparteien, in einem weiteren Abkommen die sinngemäße Anwendung der Sonderbestimmungen für Erdöl und Erdgas auch auf andere Bodenschätze zu vereinbaren, falls eine von ihnen dies für erforderlich erklärt. Die unterschiedliche Regelung für Erdöl und Erdgas einerseits und die übrigen Bodenschätze andererseits wurde für zweckmäßig gehalten, weil im Grenzbereich gegenwärtig nur die Aufsuchung und Gewinnung von Erdöl und Erdgas von Interesse ist und es schwierig gewesen wäre, sämtliche Tatbestände für die Aufsuchung und Gewinnung aller möglicherweise vorkommenden Bodenschätze in dem Zusatzabkommen zu erfassen und zu regeln.

#### Zu Artikel 4

Artikel 4 Abs. 1 regelt die Rechtsanwendung, die Zuständigkeit der Behörden und Gerichte sowie das Verhältnis zu den einschlägigen Vorschriften des Ems-Dollart-Vertrages.

Danach gilt für die in Absatz 1 unter Buchstabe a bis c aufgeführten Tatbestände die Linie grundsätzlich als Rechtsanwendungsgrenze. Welche Vorschriften dabei deutscherseits und niederländischerseits der Linie zur Aufwendung kommen, erläutert Artikel 1 des Schlußprotokolls. Durch diese Bestimmung wird u. a. klargestellt, daß deutscherseits der Linie das in den ehemals preußischen Landesteilen von Niedersachsen geltende Bergrecht anzuwenden ist. Einer weiteren Klarstellung dient der einen Bestandteil des Zusatzabkommens bildende Briefwech-

sel (vgl. Artikel 12), wonach bei Anwendung des Steuer- und Zollrechts das Gebiet jenseits der Linie als nicht zum Steuer- und Zollinland der jeweiligen Vertragspartei gehörig behandelt werden soll. Diese Klarstellung ist nach niederländischer Auffassung im Zusammenhang mit dem Steuer- und Zollrecht notwendig, weil dem Zusatzabkommen die Fiktion zugrunde liegt, daß der Grenzbereich im Rahmen der Anwendung des Zusatzabkommens zum Hoheitsgebiet beider Vertragsparteien gehört. Die Linie ist nach Artikel 4 Abs. 1 Satz 2 grundsätzlich auch für die Zuständigkeit der Behörden und Gerichte maßgebend.

Unter Artikel 4 Abs. 1 fallen auch Tatbestände, für die der Ems-Dollart-Vertrag andere Regelungen vorsieht. Um insoweit Überschneidungen zu vermeiden und ein Ineinandergreifen der Vorschriften zu gewährleisten, schreibt Artikel 4 Abs. 1 vor, daß

- a) sowohl hinsichtlich der Rechtsanwendung als auch hinsichtlich der Zuständigkeit die Vorschriften des Ems-Dollart-Vertrages unberührt bleiben und
- b) die Vorschriften des Ems-Dollart-Vertrages über die Strafverfolgung in bezug auf ortsfeste Anlagen sinngemäß Anwendung finden.

Denselben Zwecken dient Artikel 5 des Schlußprotokolls.

Nach Artikel 4 Abs. 2 können beide Vertragsparteien für den gesamten Grenzbereich Berechtigungen erteilen; die Ausübung dieser Berechtigungen ist jedoch nach Maßgabe der Vorschriften des Zusatzabkommens eingeschränkt. In Artikel 4 Abs. 2 kommt zum Ausdruck, daß beide Vertragsparteien den Grenzbereich als zu ihrem Hoheitsgebiet gehörig betrachten. Hierdurch wird in Verbindung mit Artikel 46 Abs. 1 des Ems-Dollart-Vertrages klargestellt, daß die Teilung des Grenzbereichs durch die Linie keine Präjudizierung der Grenzfrage bedeutet, sondern lediglich den Notwendigkeiten bei der Aufsuchung und Gewinnung von Erdöl und Erdgas im Grenzbereich in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht Rechnung trägt. Die Erstreckung der Berechtigungen auf den gesamten Grenzbereich ist auch insofern von Bedeutung, als die Berechtigten in bestimmten Fällen in allen Teilen des Grenzbereichs tätig werden können.

Nach Artikel 4 Abs. 3 werden sich die Vertragsparteien über die bestehenden Berechtigungen, über neu erteilte Berechtigungen sowie über die Änderung oder Aufhebung von Berechtigungen gegenseitig unterrichten.

#### Zu Artikel 5

Dieser Artikel bestimmt, daß den beiderseits Berechtigten an dem aus dem Grenzbereich gewonnenen Erdöl und Erdgas sowie an den bei ihrer Gewinnung anfallenden sonstigen Stoffen der gleiche Anteil zusteht. Ein Verzicht auf den Anteil oder eine Verrechnung des Anteils in Geld ist nur mit Genehmigung der Regierung zulässig.

Die Kosten für die Aufsuchung und Gewinnung sind im gleichen Verhältnis wie die Produkte aufzuteilen. Dabei sind diejenigen Kosten zu Grunde zu legen, die der Aufsuchung und Gewinnung der aufgeteilten

oder in Geld verrechneten Produkte billigerweise zuzurechnen sind. Hierbei ist auch an die Zurechnung von Fehlbohrungen und geophysikalischen Arbeiten gedacht, die einer Fundbohrung vorausgehen. Die Berechtigten können über die Aufteilung der Kosten eine abweichende Vereinbarung nach Artikel 7 treffen.

#### Zu Artikel 6

Artikel 6 Abs. 1 erklärt die Linie zur Arbeitsgrenze zwischen den deutschen und den niederländischen Berechtigten.

Da aber die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden kann, daß ein Berechtigter auf seiner Seite der Linie keine Arbeiten durchführt, sieht Artikel 6 Abs. 2 eine Ausnahme von dem Grundsatz des Absatzes 1 für den Fall vor, daß der Berechtigte der Aufforderung des Berechtigten auf der anderen Seite, zweckdienliche Aufsuchungs- oder Gewinnungsarbeiten vorzunehmen, nicht innerhalb eines Jahres entspricht. Dabei ist es gleichgültig, ob der erste Berechtigte bereits Aufsuchungs- oder Gewinnungsarbeiten durchgeführt hatte oder nicht. Sind allerdings schon Gewinnungsanlagen errichtet, so kann der andere Berechtigte unter bestimmten Voraussetzungen die Benutzung dieser Anlagen gegen angemessene Entschädigung verlangen.

Bei Überschreitung der Arbeitsgrenze hat der Berechtigte unter Umständen bestimmte Auflagen zu beachten, welche dem anderen Berechtigten nach dem Inhalt seiner Berechtigung auferlegt sind. Wie sich aus Artikel 2 des Schlußprotokolls ergibt, können diese Auflagen nur beim Überschreiten der Arbeitsgrenze durch einen deutschen Berechtigten Bedeutung erlangen. Für ein Überschreiten der Arbeitsgrenze von niederländischer Seite aus erübrigt sich eine entsprechende Vorschrift, weil deutsche Berechtigungen derartige Auflagen nicht enthalten; ein diesen Auflagen entsprechendes Verhalten ist vielmehr durch Rechtsnormen sichergestellt.

Nach Artikel 6 Abs. 3 wird dem Berechtigten beim Überschreiten der Arbeitsgrenze unter bestimmten Voraussetzungen ein Anspruch auf eine angemessene Risikoprämie zugesprochen, soweit nicht zwischen den in Betracht kommenden Berechtigten eine anderweitige Vereinbarung getroffen ist. Diese Prämie ist das Entgelt dafür, daß ein Berechtigter das Aufsuchungsrisiko des in diesem Teil des Grenzbereichs an sich zur Aufsuchung Berechtigten auf sich nimmt. Eine ordnungsgemäße Durchführung der Artikel 5 und 6 setzt voraus, daß für jeden Teil des Grenzbereichs sowohl von deutscher als auch von niederländischer Seite zur Aufsuchung und ggf. auch zur Gewinnung Berechtigte vorhanden sind. Dies sollen die Artikel 3 und 4 des Schlußprotokolls sicherstellen. Für die deutsche Seite besteht allerdings schon auf Grund des Staatsvorbehalts ein Recht zur Aufsuchung und Gewinnung. Aus diesem Grunde dürfte nicht nur Artikel 3, sondern praktisch auch Artikel 4 Satz 1 des Schlußprotokolls Bedeutung nur für die niederländische Seite erlangen. Soweit eine Gewinnungsberechtigung nicht erteilt wird, sieht Artikel 4 Satz 2 des Schlußprotokolls eine sich aus der Natur der Sache ergebende Abweichung von Artikel 5 vor.

#### Zu Artikel 7

Artikel 7 regelt die Zusammenarbeit der beiderseits Berechtigten. Nach Artikel 7 Abs. 1 Satz 2 haben die Berechtigten die Verpflichtung, alle Planungen für Arbeiten im Grenzbereich und deren Ergebnisse auszutauschen.

Über die in Artikel 7 Abs. 2 Buchstabe a bis d bezeichneten Angelegenheiten müssen die Berechtigten Verträge abschließen. Es handelt sich dabei im wesentlichen um technische und wirtschaftliche Einzelheiten, deren Regelung zur Durchführung der Artikel 5 und 6 zwar notwendig ist, nach Auffassung der Bundesregierung und der niederländischen Regierung aber den beiderseits Berechtigten überlassen bleiben muß, damit den Verhältnissen des Einzelfalles Rechnung getragen werden kann. Darüber hinaus können die Berechtigten auch Verträge über sonstige Fragen schließen (Artikel 7 Abs. 3).

Alle Verträge sind der Bundesregierung und der niederländischen Regierung mitzuteilen. Der Genehmigungszwang nach Artikel 7 Abs. 4 Satz 2 soll die ordnungsgemäße Durchführung des Zusatzabkommens gewährleisten und gleichzeitig sicherstellen, daß die allgemeinwirtschaftlichen Belange im Zusammenhang mit der Aufsuchung und Gewinnung der Erdöl- und Erdgasvorkommen im Ems-Dollart-Gebiet gewahrt bleiben.

Um bei einem Wechsel der Berechtigten einen vertragslosen Zustand zu vermeiden, sieht Artikel 7 Abs. 5 vor, daß der neue Berechtigte einen nach Artikel 7 Abs. 2 bereits geschlossenen Vertrag gegen sich gelten lassen muß, bis ein neuer Vertrag geschlossen ist.

#### Zu den Artikeln 8 bis 10

Die Artikel 8 bis 10 regeln das Verfahren in den Fällen, in denen zwischen den Berechtigten Verträge nach Artikel 7 Abs. 2 nicht zustande kommen (Artikel 8) oder in denen die nach Artikel 7 Abs. 4 erforderliche Genehmigung von einer Regierung oder von beiden Regierungen nicht erteilt wird (Artikel 9). Danach sollen die Regierungen grundsätzlich bemüht sein, eine Einigung zwischen den Berechtigten (Artikel 8) oder untereinander (Artikel 9) herbeizuführen. Kommt gleichwohl keine Einigung zustande, so kann jede der Regierungen das im Kapitel 12 des Ems-Dollart-Vertrages vorgesehene Schiedsgericht anrufen.

Die Vorschriften über die Zusammensetzung des Schiedsgerichts und über das Schiedsgerichtsverfahren (Artikel 10) weichen jedoch in verschiedenen Punkten von den Vorschriften in Kapitel 12 des Ems-Dollart-Vertrages ab. Die wichtigsten Abweichungen ergeben sich aus der Notwendigkeit, eine nicht nur gegenüber den Vertragsparteien, sondern auch gegenüber den betroffenen Berechtigten verbindliche Regelung festzustellen (Artikel 10 Abs. 6). Aus diesem Grunde wird in Artikel 10 Absatz 2 vorgesehen, daß in das Schiedsgericht für die einschlägigen Verfahren abweichend von den Fällen, auf die die Artikel 50 ff. des Ems-Dollart-Vertrages zugeschnitten sind, als Beisitzer je zwei Richter eintreten, die aus den Richtern des höchsten Gerichts der ordentlichen Gerichtsbarkeit der beiden Vertrags-

parteien ausgewählt werden. Außerdem wird bestimmt, daß sich jeder betroffene Berechtigte an einem Verfahren als Partei beteiligen kann (Artikel 10 Abs. 5). Hervorzuheben ist, daß das Schiedsgericht bei Feststellung einer verbindlichen Regelung nicht nur über alle streitigen Rechts- und Ermessensfragen entscheidet, sondern auch Billigkeitsgesichtspunkte berücksichtigen kann (Artikel 10 Abs. 6 Satz 2).

Die Artikel 8 bis 10 regeln die Streitigkeiten nicht, die sich zwischen den Vertragsparteien hinsichtlich der Auslegung oder Anwendung des Zusatzabkommens ergeben können. Artikel 6 des Schlußprotokolls stellt klar, daß auf diese Streitigkeiten die Artikel 50 bis 54 des Ems-Dollart-Vertrages uneingeschränkt Anwendung finden.

#### Zu Artikel 11

Die Linie wird nicht als Präjudiz für die Grenzfrage angesehen (vgl. zu Artikel 4 Abs. 2). Andererseits muß eine etwaige spätere Festlegung der Staatsgrenze das Zusatzabkommen in Anbetracht

der erheblichen Investitionen, die die Berechtigten zur Erschließung von Bodenschätzen im Grenzbe-  
reich aufwenden werden, unberührt lassen. Diesem Erfordernis trägt Artikel 11 Rechnung.

#### Zu Artikel 12

Artikel 12 legt die Bestandteilseigenschaft des Schlußprotokolls und des Briefwechsels fest.

#### Zu Artikel 13

Artikel 13 enthält die Berlin-Klausel.

#### Zu Artikel 14

Artikel 14 stellt fest, daß das Zusatzabkommen ratifikationsbedürftig ist.

#### Zu Artikel 15

Artikel 15 regelt das Inkrafttreten des Zusatzabkommens und bestimmt, daß das Zusatzabkommen Bestandteil des Ems-Dollart-Vertrages ist.